

Mahnwache für die ehemaligen „Zwangsprostituierten“ der japanischen Armee Zum 63. Jahrestag der Kapitulation von Japan im Asien-Pazifik-Krieg

Japans Verdrängung und Leugnung der eigenen Kriegsverantwortung

Am 15.8.1945 kapitulierte Japan bedingungslos und damit endete der Asien-Pazifik-Krieg, der durch die japanische Expansionspolitik ausgelöst worden war. Der Krieg dauerte 15 Jahre lang und kostete mehr als 20 Millionen Menschen in Asien das Leben. Wir erinnern heute an alle Kriegsoffer in Asien, aber besonders an jene 200 000 Frauen, die als „Trostfrauen“ den japanischen Soldaten an der Front sexuell dienen mussten. Notwendiger denn je muss an das Verbrechen an diesen Frauen erinnert werden. Nicht nur, weil es immer weniger Zeitzeugen gibt, die uns ihre persönlichen Erlebnisse erzählen können, sondern auch weil dieses Verbrechen im Täterland Japan verdrängt, ja sogar geleugnet wird.

Opfer einer staatlich organisierten sexuellen Sklaverei

Die Bezeichnung „Trostfrau“ ist ein reiner Euphemismus. In der Tat handelte es sich dabei um nichts anderes als sexuelle Sklaverei. Die Frauen wurden in Militärbordelle verschleppt, gefangen gehalten und zum Teil bis zum Tode missbraucht. Die meisten Frauen stammten aus den damaligen japanischen Kolonien, Korea und Taiwan, aber auch aus den von Japan besetzten Ländern China, Indonesien, den Philippinen sowie anderen Kriegsgebieten. Neben dieser organisierten Form der Vergewaltigung waren viele Frauen in Gebieten mit japanischen Militärstützpunkten, vor allem aber in China, zusätzlich andauernden willkürlichen Vergewaltigungen ausgesetzt. Nach dem Krieg lebten die meisten dieser Frauen isoliert, da Opfer sexueller Gewalt in der asiatischen Gesellschaft als geschändet galten, und deshalb nicht zu ihren Familie zurück kehren konnten. Es vergingen fast 45 Jahre, bis sie und ihre Geschichte Gehör fanden.

Forderung auf Entschuldigung und Entschädigung

Seit Anfang der 90er Jahre setzen sich erst in Korea, dann in weiteren Ländern Asiens, Bürgerbewegungen für die Klärung der Geschichte der „Trostfrauen“ ein. Sie unterstützen die Überlebenden bei ihren Forderungen an Japan nach Entschädigung und Entschuldigung. Die japanische Regierung bestätigte 1993 nach eigenen Recherchen die Beteiligung des Militärs an der sexuellen Sklaverei und sprach ihr Bedauern darüber aus. Eine offizielle Entschädigung lehnte sie jedoch ab. Die Hoffnung der betroffenen Frauen, auf juristischem Wege eine Entschädigung zu erlangen, wurde zerschlagen: Das Oberste Gericht in Tokyo lehnte den Entschädigungsanspruch bis auf eine Klage, die zurzeit noch in der zweiten Instanz verhandelt wird, endgültig ab.

Das EU-Parlament verurteilt Japans Umgang mit der Geschichte

In der japanischen Politik und Gesellschaft verstärkt sich seit einigen Jahren der Standpunkt, dass sich das Thema Kriegsverantwortung für Japan erledigt habe. Mit der Aussage des damals amtierenden Premierministers Shinzo Abe im letzten Jahr, es habe keine Zwangsprostitution gegeben, hat diese Verleumdungskampagne gegenüber den betroffenen Frauen eine neue Dimension erreicht. Sein Versuch, das Geständnis der japanischen Regierung von 1993 zurückzunehmen, empörte die internationale Öffentlichkeit. Neben den Parlamenten der USA, den Niederlanden und Kanadas fordert seit Dezember 2007 nun auch das EU-Parlament in Form einer Resolution die japanische Regierung „zur formellen, eindeutigen und unmissverständlichen Anerkennung, Entschuldigung und Übernahme historischer und rechtlicher Verantwortung für die Nötigung [der] als Trostfrauen bekannt gewordene Frauen [...] zur sexuellen Sklaverei auf“. Diese Resolutionen unterstreicht die Richtigkeit dessen, was die internationale Gemeinschaft – vertreten durch die UN und ILO – längst von der japanischen Regierung verlangt, und was die betroffenen Frauen seit 16 Jahren fordern: *offizielle Anerkennung ihres Leidens und einen ehrlichen Umgang mit den geschichtlichen Tatsachen.*

**Wir appellieren an die japanische Regierung,
dem internationalen Appell zu folgen und
die Resolution des EU-Parlaments zu erfüllen.**

Wir fordern von der japanischen Regierung:

**Eine offizielle Entschuldigung und Entschädigung für die betroffenen Frauen!
Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte!**